

28.11.2011, Irakisches Mediennetzwerk Dänemark

Berichte über große Abschiebeaktion in Schweden

Nach Beschluss des irakischen Ministerrates, keine abgeschobenen irakischen Flüchtlinge aufzunehmen – Schweden geht weiter vor wie bisher – Iraker in polizeilichem Arrestzentrum appellieren an Vereinte Nationen: Rettet uns vor der Abschiebung!

Von Ahmed Al-Saadi, Malmö. Irakisches Mediennetzwerk Dänemark.

Eine große Gruppe irakischer Flüchtlinge in Schweden hat an die Behörden appelliert, unverzüglich zu intervenieren, um ihre Abschiebung in den Irak zu stoppen.

Einer der Flüchtlinge, der namentlich nicht genannt werden wollte, setzte sich mit dem *Irakischen Mediennetzwerk Dänemark* in Verbindung. Er sprach im Namen einer Gruppe irakischer Flüchtlinge in einem schwedischen Abschiebehaftzentrum. Unter ihnen befanden sich auch Frauen, Kinder und Alte. Der Mann teilte mit, von Bediensteten des Haftzentrums hätten sie erfahren, dass ihre Abschiebung nach Bagdad in Kürze stattfinden solle.

Mit dem Appell sprach der Mann im Namen abgelehnter Flüchtlinge eines Arrestzentrums im südschwedischen Malmö. Es gebe eine große Gruppe irakischer Flüchtlinge, die darauf vorbereitet seien, von den schwedischen Behörden abgeschoben zu werden. Alle Personen in dem Arrestzentrum befänden sich psychisch in einer extrem schwierigen Lage. Er forderte die Vereinten Nationen dazu auf, sich sofort einzuschalten und zu helfen. Sie sollten auf die schwedische Regierung Druck ausüben, um die Abschiebungen zu stoppen. Einige von ihnen forderten von den irakischen Stellen, ihre Versprechen einzuhalten, keine Flüge anzunehmen, die – von europäischen Flughäfen startend – zwangsweise Flüchtlinge zurückführen.

Auf ihren Internetseiten verurteilten derweil zahlreiche schwedische Organisationen und Menschenrechtsgruppen das Vorgehen der Regierung sowie die Art, abgelehnte irakische Flüchtlinge zu inhaftieren. Denn die Menschen litten an psychischen Problemen, die sich womöglich negativ auf ihre Gesundheit auswirkten. Dies insbesondere, da sich unter den Inhaftierten auch Frauen und Kinder befänden, und da eine zwangsweise Rückführung in ihre Herkunftsländer möglicherweise für sie lebensgefährlich sei.

Bashar Kazem, Flüchtlings- und Migrationsexperte sowie Sprecher der Organisation *Irakische Flüchtlinge in Schweden*, sagte, seine Gruppe hätte von relevanten Stellen, die er nicht näher benennen wollte, Informationen bekommen, dass eine große Abschiebeaktion wahrscheinlich sei. Betroffen sei eine große Anzahl irakischer Flüchtlinge, deren Anträge abgelehnt worden seien. Zu den Reaktionen der Menschenrechtsgruppen sagte Kazem, sämtliche Organisationen hätten ihren großen Ärger darüber geäußert, dass Schweden die Abschiebung abgelehnter irakischer Flüchtlinge beharrlich fortsetze. Er forderte die schwedische Migrationsbehörde auf, die Fälle der Abgelehnten noch einmal zu überprüfen. Auch solle sie deren Akten nicht an die Polizeistationen weitergeben.

Kazem wies die in den irakischen Medien kursierenden Zahlen zurück, denen zufolge es 500 gesicherte Fälle von Abgeschobenen gebe. Denn es seien 5.000 irakische Asylanträge abgelehnt worden, wobei die Zahl der zwangsweise zurückgeführten Iraker zwischen 1.600 und 2.000 liege. Weiter sagte Kazem, die zuständigen irakischen Stellen müssten Sonderkommissionen zur Zählung der zwangsweise Abgeschobenen bilden, beziehungsweise die in Europa arbeitenden irakischen Medien dazu heranziehen. Denn diese befänden sich direkt im Herzen des Geschehens. Der Migrationsexperte fügte hinzu, die erwähnten Zahlen würden ansteigen, solange nicht jenes neue, vom irakischen Migrationsministerium vorgestellte Organ¹ implementiert sei. Daran sollen, neben diesem Ressort, auch das irakische Außen- sowie das Menschenrechtsministerium beteiligt sein.

Unterdessen hat das schwedische Busunternehmen *Nettbuss Transfer AB*² seine Weigerung erklärt, wei-

¹ siehe dazu:

http://www.borderline-europe.de/downloads/keine_aufnahme_abgeschobener_fluechtlinge_231111.pdf
(Anm.d.Übers.)

² siehe dazu die Pressemitteilung der Firma (auf Schwedisch):

terhin abgelehnte Flüchtlinge zwecks ihrer Abschiebung aus Schweden zu transportieren. In Göteborg sagte der Geschäftsführer des Busunternehmens, Lars Kronvall, dem vierten Kanal des schwedischen Fernsehens, Beförderungen von Flüchtlingen, die abgeschoben werden sollen, lösten viele Emotionen aus. Die Fahrer seien davon sehr betroffen, auch wenn sie etwas Legales täten – insbesondere, weil die Fahrer des Unternehmens aus allen möglichen Ländern der Welt stammten.

Das irakische Migrationsministerium hatte vergangenen Mittwoch bekannt gegeben, die irakische Regierung hätte offiziell beschlossen, am internationalen Flughafen von Bagdad keine irakischen Flüchtlinge anzunehmen, die unter Zwang aus Europa in den Irak abgeschoben worden seien.

Der Migrationsminister des Irak, Dendar Duski, erklärte gegenüber irakischen Nachrichtenagenturen: „Der irakische Ministerrat hat beschlossen, ab sofort am internationalen Flughafen Bagdad keine irakischen Flüchtlinge mehr anzunehmen, die zwangsweise aus europäischen Staaten abgeschoben wurden.“ Der Minister verwies weiterhin auf den Beschluss des Ministerrates, einen Ausschuss unter seiner Leitung zu bilden, dem außerdem die beiden stellvertretenden Minister für Menschenrechte und Äußeres angehören sollten. Ziel sei, einen Mechanismus zu finden, die gewaltsame Rückführung der irakischen Flüchtlinge zu verhindern.

Indes wandte sich ein Fachmann für konsekutives Übersetzen (Dolmetschen), der in einer sich mit Migrationsfragen befassenden Organisation arbeitet und namentlich nicht genannt werden wollte, an das irakische Mediennetzwerk Dänemark mit dem Hinweis, es gebe ganz klar eine Doppeldeutigkeit in der Arbeit der Koordinationsausschüsse zwischen der irakischen und der schwedischen Regierung. Und zwar dergestalt, dass die Vorgaben der [irakischen] Regierungsspitze nicht umgesetzt und die Beschlüsse aus dem Büro des Ministerpräsidenten missachtet würden. Der Übersetzungsfachmann sagte, dies führe dazu, dass man für das Abkommen mit der schwedischen Seite zu keiner klaren Formulierung komme; ferner dazu, dass man die zusammenfassende Übersetzung der wirklichen und beabsichtigten Ziele nicht weiterleite. Dies betreffe zum Beispiel die während der letzten Monate auf der offiziellen Internetseite stehende Mitteilung des irakischen Ministerpräsidenten Nuri al-Maliki. Darin rief dieser die schwedische Regierung dazu auf, gegen eine zwangsweise Abschiebung von Irakern in ihr Herkunftsland einzuschreiten. Der Übersetzungsfachmann fügte hinzu, wenn die [irakische] Regierung es wirklich ernst meine mit ihrem Beschluss, zurückgeschobene irakische Flüchtlinge nicht anzunehmen, warum habe sie dann die schwedische Regierung darüber nicht offiziell unterrichtet, anstatt es [nur] auf jener Internetseite zu veröffentlichen?

Die schwedische Regierung sei bis jetzt über jenen, vom irakischen Migrationsminister Dendar Duski vorgetragenen, Beschluss offiziell nicht in Kenntnis gesetzt worden.

Der Aufruf [an die schwedische Regierung] stehe in einer Erklärung, die im Oktober auf der amtlichen Internetseite Nuri al-Malikis veröffentlicht worden sei. Darin hieß es, die irakische Regierung gebe ihre Bürger nicht auf. Es sei aber Bedingung, dass diese freiwillig und ohne jeden Zwang zurückkehrten. Das schwedische Außenministerium hatte seinerseits im Oktober dementiert, irgendeine offizielle Forderung seitens der irakischen Regierung erhalten zu haben, in welcher es um die Abschiebungen irakischer Flüchtlinge geht, deren Anträge von der schwedischen Migrationsbehörde „Migrationsverket“ abgelehnt wurden und die nun gegen ihren Willen nach Bagdad abgeschoben werden sollen.

Das irakische Mediennetzwerk Dänemark hatte derweil bekannt gegeben, die für den 21. Oktober anberaumte 2. Konferenz irakischer Flüchtlinge in Skandinavien auf den 9.-11. Dezember zu verschieben. Tagungsort ist Stockholm.

Das Königreich Schweden hatte seine Asylpolitik jüngst geändert, was zu schnelleren Abschiebungen abgelehnter Flüchtlinge in ihre Herkunftsländer geführt hat. In mehreren südlichen Regionen des Landes gingen Polizisten auf Patrouille, um abgelehnten Flüchtlingen, also solchen ohne Aufenthaltstiteln, nachzugehen. Dies hat zu vermehrten Abschiebungen geführt.

Übersetzung aus dem Arabischen

Dieses Übersetzungsprojekt wird unterstützt vom AStA der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg